

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

19. Juni 1948

Blatt 875

Heute Grundsteinlegung auf dem Roten Berg

=====

In letzter Zeit ist kaum ein Samstag vergangen, an dem Bürgermeister Körner nicht den Grundstein zu einer neuen Siedlungsanlage oder einem Wohnhausbau der Stadt Wien gelegt hätte. Auch heute nachmittag wird es wieder so sein und das offizielle Zeichen zum Baubeginn einer Wohnhausanlage auf dem Roten Berg in Hietzing gegeben werden. Der Rote Berg ist historisch sehr interessant. Seine Umgebung ist ältestes Kulturgebiet des Wiener Bodens, das schon vor 3000 Jahren besiedelt gewesen sein dürfte.

Das Baugelände zwischen Gogolgasse und Nothardt-gasse ist 12.360 m² groß von denen 3.330 m², das sind rund 27%, direkt verbaut werden. Die Anlage wird insgesamt 21 Häuser mit 107 Wohnungen umfassen. Darunter wird sich auch ein sogenanntes Dreitrackthaus mit 18 Wohnungen befinden, das nach einer neuartigen, in Wien bisher nur vereinzelt verwendeten Grundrißtype entwickelt wurde. Im Inneren dieses Baublockes münden in einem Belüftungsschacht die Nebenräume, die kein direktes Licht brauchen, wie Badezimmer, Vorraum, Klosett usw. Nach außen liegen Wohnzimmer, Wohnküche und die Schlafräume. Diese Grundrißform gestattet große bauorganisatorische und heiztechnische Vorteile. Die Zusammenfassung der Installationen in der Mitte des Hauses ermöglicht eine Materialersparnis, die im Hinblick auf Kosten und Rohstofflage von großer Bedeutung ist. Derartige Häuser wurden schon in Schweden, in der Tschechoslowakei und in anderen Ländern errichtet. Die Stadt Wien, die sich grundsätzlich auch für alle modernen Schöpfungen des Auslandes interessiert, will es natürlich nicht allein beim Studium solcher Projekte bewenden lassen sondern auch selbst Versuchsbauten ausführen, um dadurch eigene Erfahrung sammeln zu können.

Ansonsten wird eine Anzahl Wohnblocks normaler Art errichtet werden. Die Wohnungen werden durchschnittlich 60 m² groß sein und im allgemeinen über Küche und Wohnraum oder Wohnküche, Elternschlafzimmer, Kinderschlafzimmer, Vorraum, Bad und WC verfügen. Eine Neuheit, die schon von den letzten Siedlungsbauteilen her bekannt ist, nämlich die Errichtung eines eigenen Geschäftsgebäudes, wird zum ersten Mal hier auch bei einer mehrstöckigen Wohnhausanlage angewendet.

Die gesamte Anlage wird mit viel Einfühlungsvermögen der Landschaft des Roten Berges angepaßt sein. Durch eine besonders schöne Gestaltung der gemeinsamen Hausgärten sowie durch die Errichtung von Terrassen und Planschbecken wird dieses neue Werk der Stadt Wien auch künstlerisch beachtenswert sein.

Für den Bau werden insgesamt 1,700.000 Stück Mauerziegel, 77.000 Stück Dachziegel, 1180 t Zement, 535 t Kalk, 150 t Eisen und 7 Festmeter Holz benötigt. Die Baukosten werden sich auf 7,950.000 Schilling belaufen.

Neuerliche Kunstdüngerausgabe für Ernteländler und Hausgartenbesitzer
=====

Alle Ernteländler und Hausgartenbesitzer können gegen Vorweisung der von der Magistratsabteilung 53 ausgestellten Ausweiskarten für 1948 neuerlich Kunstdünger wie Rohphosphat, Superphosphat, Thomasmehl, Kalkammonsalpeter und Kalisalz in gewünschter Menge bei der Österreichischen Pflanzenschutz G.m.b.H., Wien 7., Mariahilfer Strasse 88a, an allen Wochentagen außer Samstagen, in der Zeit von 8 bis 15 Uhr beziehen.

Ware	Normalkarten										Zusatzkarten											
	K1st		K1k		K		Jgd		E		Sst		S		A		B		M			
	0-3		3-6		6-12		12-18		üb. 18		Schwerst.		Schwera.		Arbeiter		Angestellte		Mütter ^{eh.}			
	Menge	Abs.	Menge	Abs.	Menge	Abs.	Menge	Abs.	Menge	Abs.	Menge	Abs.	Menge	Abs.	Menge	Abs.	Menge	Abs.	Menge	Abs.		
Brot	g	100	1/4	500	1/4	500	1/4	500	1/4	500	1/4	1750	1	1400	1	350	1					
~	i			300	1/2	500	1/2	500	1/2	500	1/2											
~	"					200	1/3	450	1/3	450	1/3											
~ (Brotkleinabschn. 1.W.)	"	200	4St	200	4St	500	10St	750	15St	750	15St											
Weißes Kochmehl	"	300	1/4	300	1/4	300	1/4	450	1/4	450	1/4											
Pferdefleischkons.	"	100	10	100	10	150	10	150	10	100	10	200	2	200	2	150	2	50	2	150	2	
~ (Fleischkleinabschn. 1.W.)	"			50	1St	50	1St	100	2St	100	2St											
Kunstspeisefett	"					100	9*	130	9*	130	9*											
~ (Fettkleinabschn. 1.W.)	"					30	6St	50	10St	50	10St											
Butter	"	125	9*	160	9*																	
~ (Fettkleinabschn. 1.W.)	"			30	6St																	
Strockenei	"					110	30*	110	30*	110	30*											
Milgenfrüchte (Nährmittelabs.)	"							100	I	100	I	350	5*	350	5*	300	5*					
Maferflocken	"			260	31*	510	31*	440	31*	230	31*	230	4*	400	4*	180	4*	180	4*	150	4*	
~ (Nährmittelabschnitt)	"			100	I	100	I															
Weizen Grieß	"	260	31*																			
Zucker	"	250	29*	250	29*	250	29*	250	29*	200	29*										150	5*
Eier (EIERKARTE)	Stk	2	28	2	28	2	28	2	28	2	28											
Weisestopfen (MILCHKARTE)	g							150	P*			125	6*	125	6*							
Schmelzkäse	"															625	6					
Schmalz	"											240	3	170	3	100	3	70	3	170	3	
Fischkonserven (gebraten)	"											400	7*								400	7
Frischmilch täglich	lt	3/4		1/2		1/4																1/2
Magermilch pro Woche	"							6/8		2/8												
Erdäpfel (EINLAG-KARTE 35/42)	g	1400	G	2800	G	2800	G	2800	G	2800	G											
~ (ERDÄPFELKARTE 35/42)	"	700	1/2 I	1000	1/2 I	1000	1/2 I	1000	1/2 I	1000	1/2 I	700	10	700	10	700	10					
~ (BEISLÄUTER-Kleinabschn.)	"			400	4St	400	4St	400	4St	400	4St											
KALORIENDURCHSCHNITT		1162		1473		1793		2000		1803		3249		3041		2398		1998		2602		

Schnitte 9, 10, 30 und 31 mit Aufdruck "SV" sind ungültig
 für Kinder von 3 bis 6 Jahren Butterausgabe und Verrechnung nach der Milchrayonierung;
 Kinder von Milchselbstversorgern erhalten gegen Entwertung des Abschnittes 9 der
 Lebensmittelkarte durch die Kartenstelle einen Berechtigungsschein
 nach der Örrayonierung
 Kleinkleinabschnitte werden erst in der vierten Woche aufgerufen
 bereits am 17.6.1948 aufgerufen
 für Jugendliche bereits am 15.6.1948 aufgerufen
 bereits am 16.6.1948 aufgerufen
 200 g = zwei Dosen zu je 200 g; Ausgabe in Lebensmittelkleinhandelsgeschäften
 Ausgabe von Magermilch für Jugendliche erfolgt auf die Milchkarte Jgd, für Er-
 wachsene über 18 Jahre (einschließlich der alten Leute) auf den Kundenausweis; auf
 die Milchkarte AL wird keine Milch abgegeben
 für Inhaber von Einlagerungskarten; Auf-ruf gilt für zwei Wochen; Kalorienanrechnung
 nachweise
 für Nichteinlagerer (laufender Bezug); die Sonderabschnitte A-H der Erdäpfelkarte
 35/42 sind ungültig
 nach Maßgabe der Anlieferung
 Abschnitte sind zu entwerten, alle übrigen abzutrennen!

Belgische Gäste beim Bürgermeister
=====

Der Schöffe der schönen Künste der Stadt Antwerpen, Dr. Somers und Stadtsekretär Dr. Peeters, die vor einigen Tagen Magistratsdirektor Dr. Kritscha einen Besuch abstatteten, wurden heute vormittag auch von Bürgermeister Dr. h. c. Körner empfangen. Der Bürgermeister verweilte mit den belgischen Gästen, die zum zweiten Internationalen Musikfest nach Wien gekommen sind, längere Zeit in angeregtem Gespräch. Dr. Somers und Dr. Peeters werden heute nachmittag eine Besichtigungsfahrt durch Wien unternehmen, um sich über die Kriegsschäden und den Stand des Wiederaufbaues zu informieren.

Enquete über die Lage der schulentlassenen Jugend Wiens
=====

Auf Initiative des Wiener Stadtschulrates hatte Bürgermeister Dr. h. c. Körner für heute vormittags in das Wiener Rathaus eine Enquete einberufen, um die Ansichten der verantwortlichen Stellen und Institutionen zur Lage der Schulentlassenen zu hören. Zu diesem Zwecke fanden sich im Gemeinderatssitzungssaal Mitglieder des Wiener Stadtsenates, Vertreter der Bundesministerien für Handel, Soziale Verwaltung und Unterricht, Vertreter des Stadtschulrates, des Landesarbeitsamtes, des Polizeipräsidiums, der Arbeiter- und der Handelskammer, des österreichischen Gewerkschaftsbundes, des Industriellenverbandes, vieler städtischer Behörden und der Jugendorganisationen ein.

Bürgermeister Dr. h. c. Körner, der den Vorsitz führte, begrüßte die Erschienenen und verwies sodann auf die ernste Lage der Schulentlassenen hinsichtlich ihrer Berufsaussichten. Da es sich um eine besondere Angelegenheit Wiens handelt, habe er alle verantwortlichen Institutionen zu diesem Meinungs austausch eingeladen. Wohl könne das Problem nicht im Augenblick gelöst werden, doch habe die Enquete den Zweck, die Dringlichkeit der ganzen Angelegenheit den damit befassten Stellen zum Bewusstsein zu bringen.

Das Referat erstattete der Leiter des Landesarbeitsamtes Wien, Hofrat Watzek. Er wies darauf hin, daß die Vermittlung der Jugendlichen in den ersten beiden Nachkriegsjahren verhältnismäßig leicht gewesen sei, da es damals, als die Produktion erst wieder am Beginn ihres Aufbaues stand, weder an Lehr-, noch an Arbeitsstellen mangelte. Allein im Jahre 1945 konnten 14.459 Jugendliche, 1946 sogar 25.385 Jugendliche und 1947 immerhin noch 19.485 Jugendliche in Lehr- und Arbeitsstellen vermittelt werden. Doch zeigten sich 1947 auf dem weiblichen Sektor bereits Anzeichen einer Krise, nicht alle Mädchen konnten mehr untergebracht werden und viele haben deshalb eine Hilfsarbeit angenommen. Auf der männlichen Seite trat im Vorjahr keine nennenswerte Krise ein, die Unterbringung gelang restlos, doch konnten in einigen Berufen die Wünsche der Jugendlichen nicht voll verwirklicht werden.

In den letzten Jahren wurde immer wieder beobachtet, daß Jugendliche trotz ihrer guten Begabung auf eine Berufsausbildung verzichten und sobald als möglich ungelernte Arbeit annehmen, weil die Familien auf ihren Verdienst angewiesen sind.

In den letzten Monaten machte sich als Folge der allgemeinen Verschärfung der Arbeitslage, insbesondere auf dem Sektor der jugendlichen Hilfsarbeiter, eine ausgesprochene Krise bemerkbar. Ende Mai 1948 waren für 257 stellensuchende männliche jugendliche Hilfsarbeiter nur mehr 6 Arbeitsplätze und für 325 stellensuchende Hilfsarbeiterinnen nur mehr 43 Arbeitsplätze zur Verfügung. Diese Jugendlichen gehören dem arbeitswilligsten Teil der Jugend an, denn sie suchen die Vermittlungsstellen des Arbeitsamtes vielfach täglich auf und warten mitunter oft die ganzen Vormittage hindurch auf das Einlangen von Arbeitsaufträgen.

Die Aussichten zum Schulschluss 1948 schienen zunächst nicht ungünstig, da nach den Erhebungen bei den Wirtschaftsverbänden die Zahl der zu erwartenden Lehrstellen mit rund 5.000 für männliche und 2.600 für weibliche Jugendliche beziffert wurde. Damit wäre der Bedarf bei den Burschen zur Gänze und bei den Mädchen bis auf 1.000 Lehrstellen gedeckt gewesen. Die angekündigten Lehrstellen sind aber bis jetzt nur in geringem Ausmaß von der Wirtschaft bereitgestellt worden.

Jetzt, knapp vor Schulschluß, stehen nur 1.241 Lehrstellen für Burschen und 381 für Mädchen zur Verfügung. Im Sektor Hilfsarbeiter sind noch weniger Stellen vorhanden. Verschärfend wirkt noch der Umstand, daß einzelne Berufe besonders überfüllt sind, während nach anderen Berufen eine geringere Nachfrage herrscht.

Hofrat Watzek betonte sodann die Notwendigkeit, Mittel und Wege zu finden, um nicht nur die akute Krise zu überwinden, sondern um auch die Berufsausbildung von den zeitweiligen Krisen unabhängig zu machen. Er bezeichnete die Lehrwerkstätten, die eine Vielzahl fehlender einzelner Ausbildungsplätze ersetzen, als einen teilweisen Ausweg der Lehrstellennot.

Ein anderes kritisches Symptom sei der körperliche Zustand der Schulentlassenen, die ihrer Entwicklung nach oft Kinder sind. Untersuchungen haben ergeben, daß 33% der männlichen und 30% der weiblichen Schulentlassenen körperlich noch nicht berufsreif sind. Aus dieser Tatsache läßt sich manche Verhaltensweise der Jugend, die vielfach Anlaß zu öffentlicher Kritik gibt, so insbesondere für das häufige Versagen in der Berufsausbildung, erklären. Das Hinausschieben der Eingliederung dieser Jugendlichen in das Berufsleben bis zur Erreichung der vollen Berufsfähigkeit, würde daher nicht nur den derzeitigen Verhältnissen des Lehrstellenmarktes Rechnung tragen, sondern auch der Reifung der durch den Krieg und die Nachkriegszeit geschädigten Jugend gerecht werden. Ein eventuelles neuntes Schuljahr dürfe aber nicht nur den erfolgreichen Absolventen der vierten Hauptschulklassen zugänglich sein, sondern mit noch größerer Berechtigung für die noch weniger Berufsreifen der unteren Klassen. Mit Rücksicht auf die oft sehr geschwächte wirtschaftliche Lage der Eltern müßten für diese bedürftigen Jugendlichen Unterhaltszuschüsse, womöglich aus öffentlichen Mitteln bereitgestellt werden.

Hofrat Watzek berührte dann auch die schwierige Lage der Mittelschulabsolventen und der Hochschululer. Er betonte, daß viele Maturanten wegen der Überfüllung der Hochschule und der schwierigen Lage der akademischen Berufe bereit wären, auf das Weiterstudium zu verzichten. Da die Matura aber keine Be-

rufsausbildung darstellt und andererseits der Eintritt in Beamten- oder Angestelltenstellen nur in ganz beschränktem Umfang möglich ist, werden viele dieser jungen Menschen, die ihrer Eignung nach besser in einen nichtakademischen Beruf gehören würden, wieder zum Hochschulstudium zurückgedrängt. Die Hochschüler selbst, auch die begabten, haben, soferne sie nicht begütert sind, mit enormen Schwierigkeiten zu kämpfen. Dieser Personenkreis, dem zum Teil durch die Studiumunterbrechung während des Krieges auch Menschen im vorgerückten Alter angehören, kann im allgemeinen noch weniger auf alterliche Unterstützung rechnen, als die Vierzehnjährigen. Das Hochschulstudium ziele auf eine verantwortlich leitende Tätigkeit ab. Wenn diese aber wegen des Mangels an Arbeitsplätzen nicht möglich ist, dann führe in diesen Fällen die aufgezwungene Arbeitslosigkeit meist nicht nur zur wirtschaftlichen Verelendung sondern bilde auch eine politische Gefahr.

Der Redner schlug sodann vor, der Überfüllung der Obermittelschulen und Hochschulen durch Schaffung praktischer Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten abzuhelpen. Da den meisten Mittelschülern und Hochschülern das Hinüberwecheln in einen praktischen Beruf, wegen ihrer einseitig intellektuell geprägten Laufbahn große Schwierigkeiten bereitet, müßte auch in der Mittelschule der Vorbereitung für das praktische Berufsleben Rechnung getragen werden. Die zum Studium besonders geeigneten aber sozial Bedürftigen müssen wirtschaftlich gefördert werden, um sie vor dem frühzeitigen Verbrauch ihrer Kräfte durch Studium und Erwerb zu bewahren.

(Die Fortsetzung des Berichts erfolgt auf einem späteren Blatt der R.K.)

Brennholz-Einkaufscheine einlösen!

=====

Das Hauptwirtschaftsamt Wien gibt bekannt:

Sämtliche Brennholz-Einkauf-scheine, die bis 12. Juni 1948 ausgegeben wurden, müssen bis längstens 31. Juli 1948 eingelöst werden, da sie mit 1. August 1948 ihre Gültigkeit verlieren. Für verfallene Scheine wird kein Ersatz geleistet.

Enquete über die Lage der schulentlassenen Jugend
=====Fortsetzung des Berichtes
=====

In der Debatte, an der sich 10 Redner beteiligten, wurde das Problem der schulentlassenen Jugend von allen Seiten und von dem Standpunkt der verschiedensten Interessentengruppen beleuchtet. Nationalrat Dr. Zechner, der geschäftsführende Präsident des Wiener Stadtschulrates, stellte einleitend fest, daß es unrichtig ist, für manche Erscheinungen unserer Zeit unsere Jugend selbst verantwortlich zu machen. Der Stadtschulrat verfolgt mit größter Aufmerksamkeit die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, denn er will daraus die Folgerungen für die Schulbahnlenkung ableiten. So zeigt sich, daß viel mehr junge Menschen für geistige Berufe ausgebildet werden, als überhaupt die Aussicht haben, in diesen unterzukommen. Der Stadtschulrat pflegt einen innigen Kontakt mit dem Arbeitsamt, um die Eltern über die Lage auf dem Arbeitsmarkt zu beraten. Der einjährige Lehrkurs, den der Stadtschulrat seit 2 Jahren als freiwillige Einrichtung für Schulentlassene führt, findet zwar steigendes Interesse, erfaßt aber doch nur 2 bis 4% der schulentlassenen Jugend. Wenn das 9. Schuljahr als Pflichtjahr für jene Jugendliche, die keine Lehre finden können, eingeführt wird, bedeutet dies die Notwendigkeit, 150 neue Schulklassen zu schaffen. Wir haben aber heuer mit einem Schülerzuwachs von 9.000 Schülern zu rechnen, die allein 250 bis 300 neue Klassen benötigen werden. Dieses Beispiel zeigt die großen Schwierigkeiten des aufgeworfenen Problems. Die wichtigste Frage ist, ob die Wirtschaft geneigt ist, Arbeitsplätze für die schulentlassenen Jugendlichen zu schaffen.

Ministerialrat Dr. Kellner, Bundesministerium für soziale Verwaltung, skizziert die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft in den letzten 3 Jahren und stellt fest, daß eine wesentliche Voraussetzung für ein erfolgreiches Eingreifen erst geschaffen werden muß, nämlich statistische Unterlagen über den Bedarf, den die Wirtschaft an Lehrlingen und Lehrmädchen überhaupt hat. Das Bundesministerium für soziale Verwaltung hat eine Beschäftigtenzählung veranlaßt, durch die es hofft, diese Unterlagen für eine Nachwuchslenkung zu erhalten.

Ministerialrat Dr. Cech, Bundesministerium für Unterricht, bespricht die derzeitige Lage auf dem Gebiete des Fachschulwesens, dessen Ausbau notwendig ist. Die fünfjährige Gewerbeschule hat einen breiten Unterbau mit fachschulmäßigen Charakter erhalten, sodaß junge Leute, die nicht in der Lage sind, die technische Mittelschulbildung zu erreichen, die Möglichkeit haben, den Lehrgang früher mit einer handwerklichen Ausbildung abzuschließen. Er stellt fest, daß die Schülerzahlen in den technischen Schulen zurückgehen. Lehrwerkstätten könnten nur eine gemeinsame Einrichtung von Schulverwaltung und Wirtschaft sein. Wesentlich aber sei, Vorkehrungen zur Lebenssicherung der Schüler zu schaffen.

nicht Jugendsekretär Konir, Gewerkschaftsbund, stellt fest, daß es/darauf ankommt, die Jugendlichen unterzubringen, sondern sie in einem Beruf auszubilden. Jeder Meister, der die Absicht hat, einmal einen qualifizierten Arbeiter zu beschäftigen, müßte für die ~~Ausbildung von Lehrlingen~~ einen Beitrag leisten. Eine Lehrlingssteuer müßte ~~daher~~ eingeführt werden, aus der jene Betriebe eine Unterstützung ~~erhalten sollen~~, die sich der Berufsausbildung widmen oder die Lehrwerkstätten ~~betreiben~~. Die Güte der Berufsausbildung in Lehrwerkstätten zeigen die Erfolge bei den Gastgewerbeangestellten und in dem Internat für Elektriker in Stockerau. Der Redner beschäftigt sich sodann mit den Lehrwerkstätten der Gemeinde Wien und anderer öffentlicher Unternehmungen und mit der Aktion "Jugend am Werk" und sagt abschließend, "zeigen wir der Jugend, daß auch ein Staat, der den Frieden will, so viel Verantwortungsbewußtsein besitzt, daß er sich um die Jugend und ihre Zukunft kümmert." (Beifall.)

Bürgermeister Körner stellt als Vorsitzender fest, daß die Lehrwerkstätten der städtischen Elektrizitätswerke nicht aufgegeben sondern ausgebaut werden. (Beifall.)

Nationalrat Aichhorn, Kammer der gewerblichen Wirtschaft, bemängelt es, daß die zur Debatte stehende Frage erst zwei Wochen vor Schluß aufgerollt wurde. Er zeigt an Beispielen, daß die Wirtschaft nicht imstande sei, ihren Bedarf an Nachwuchskräften vorher festzustellen. Die hohen Entschädigungssätze für Lehrlinge und die schikanös gehandhabten Kontrollbestimmungen verleideten es vielen Gewerbetreibenden Lehrlinge zu halten und aus-

zubilden. Die Wirtschaft hat ein Recht darauf, daß die Allgemeinheit anerkennt, welche Belastung sie auf diesem Gebiete trägt. Auch er begrüßt die Einführung des 9. Schuljahres und verlangt abschließend, die Kontrollorgane der Kammern und Behörden mögen bei Ausübung ihrer Funktion mehr Takt gegenüber den Unternehmern an den Tag legen.

Kittel, Österreichische Jugendbewegung, führt aus: "Die Frage ist, wie können wir an der Meisterlehre festhalten? Lehrwerkstätten haben nur in Großbetrieben und bei der Gemeinde eine Berechtigung. Die Meisterlehre ist doch das Bleibende. Er verlangt Subventionen für jene Gewerbetreibenden, die Lehrlinge halten und tritt für die Schaffung des freiwilligen Arbeitsjahres ein, um die Jugend zur produktiven Arbeit im öffentlichen Interesse heranzuziehen und für die Berufstätigkeit vorzubereiten. Zu der vorliegenden Resolution stellt er fünf Zusatzanträge, in denen seine Vorschläge formuliert werden.

Schwarz, Freie österreichische Jugend, erklärt, daß alle Schwierigkeiten, die hier diskutiert werden, sich aus dem herrschenden Wirtschaftssystem, das keinen Wirtschaftsplan besitzt, ergeben. Er wendet sich gegen die Vorschläge, die Lehrlingszüchterei zu fördern, begrüßt die Einführung des 9. Schuljahres, wünscht aber, daß dieses ausschließlich zur beruflichen Vorbereitung verwendet und die Zeit in die Lehrzeit eingerechnet werde. Die Meisterlehre müsse in die öffentliche Lehrwerkstätte übergeführt werden. Er verlangt, die Gemeinde solle noch heuer eine Lehrwerkstätte bauen. Als Arbeitskräfte sollen derzeit unbeschäftigte Jugendliche freiwillig herangezogen werden.

Hindels, Sozialistische Jugend, stellt mit Genugtuung fest, daß die vorliegende Resolution sich in ihren Grundzügen mit den Forderungen eines Memorandums deckt, das von der Sozialistischen Jugend vor mehreren Wochen beschlossen wurde. Er lehnt den freiwilligen Arbeitsdienst ab, weil er nicht geeignet ist, die Jugend beruflich auszubilden. Die Meisterlehre hat längst aufgehört, die soziale Funktion zu erfüllen, die sie einst hatte. Im 9. Schulljahre müßte das Hauptgewicht auf die Berufsausbildung gelegt werden.

Klaudinger, Arbeiterkammer; Die alten patriarchalischen Zustände der Lehrlingshaltung und Lehrlingsausbildung dürfen keinesfalls wieder zugelassen werden. Die Zahl der Berufe, in

deren hohe Lehrlingsentschädigungen gezahlt werden, sei äußerst gering. Die große Masse der Lehrlinge und Lehrmädchen, wie die im metallverarbeitenden Gewerbe, bekämen Lehrlingsentschädigungen von 20 bis 23 S wöchentlich. Er stellt einen Zusatzantrag zur Resolution, in der die Einführung einer Lehrlingssteuer verlangt wird.

Sektionsrat Dr. Timp, vom Unterrichtsministerium, schlug eine Besprechung der zuständigen Fachleute zur Untersuchung der räumlichen personellen und materiellen Möglichkeiten zur Schaffung neuer Lehrwerkstätten vor. Weiter regte er an, an Stelle einer eventuellen Lehrlingssteuer einen sogenannten Jugendausbildungsfonds zu schaffen.

Am Schlusse der Sitzung wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der alle verantwortlichen Stellen, insbesondere aber die Bundesregierung und die Gemeindeverwaltungen, die zuständigen Wirtschaftskörperschaften und der Österreichische Gewerkschaftsbund ersucht werden, in ihrem Wirkungskreis alle geeigneten Maßnahmen durchzuführen, um die Lage der Jugendlichen, die in das Berufsleben übertreten wollen, zu verbessern. Als solche Maßnahmen werden vor allem vorgeschlagen: die Einführung der gesetzlichen 9-jährigen Schulpflicht, die intensive Zusammenarbeit der Schulen mit den Arbeitsämtern und Körperschaften des Gewerbes und der Industrie zum Zwecke rechtzeitiger Lenkung der Berufswahl; die Schaffung neuer Lehrstellen und die Errichtung von Lehrwerkstätten, der Ausbau des Fachschulwesens und eine strenge Auswahl der Maturanten und Studenten aller Fakultäten, um den Zustrom zu den akademischen Berufen einzuschränken. Für die Übergangszeit sollen als Notmaßnahme Einrichtungen geschaffen werden, in denen die arbeitslosen Jugendlichen fürsorglich und volksbildnerisch betreut und einer berufsvorbereitenden produktiven Tätigkeit zugeführt werden.

Als vorläufige Maßnahmen, die wenigstens in Wien sofort durchzuführen wären, schlägt die Resolution vor: Ausbau der einjährigen Lehrkurse für Hauptschüler, Aufforderung an die zuständigen Stellen der gewerblichen Wirtschaft, der Industrie und der Betriebe und Unternehmungen der öffentlichen Hand, im Herbst 1948 möglichst viel neue Lehrstellen zu schaffen, ferner die Sicherung des Weiterbestandes und der Ausbau der schon vorhandenen Lehrwerkstätten.

Eine Bitte des Marktamtes

=====

Das Marktamt der Stadt Wien ersucht, beim Milcheinkauf zur Erleichterung der Abfertigung keine Flaschen sondern einwandfrei reine Gefäße mit weiter Öffnung mitzubringen.

Die Gemeinde baut!

=====

Die heutige Grundsteinlegung in Hietzing, die, wie schon berichtet, den Baubeginn zu einer Anlage von 21 Häusern mit 107 Wohnungen darstellt, gestaltete sich wieder zu einem Fest für die Bevölkerung der näheren Umgebung. Auf dem festlich geschmückten Bauplatz hatten sich zu der Feier eingefunden: Bürgermeister Dr. h. c. Körner, Vizebürgermeister Weinberger, die Stadträte Afritsch, Flödl, Dr. Matejka und Resch, der geschäftsführende Präsident des Stadtschulrates Dr. Zechner, Magistratsdirektor Dr. Kritscha sowie mehrere National- und Bundesräte, Gemeinderäte, Bezirksvorsteher und leitende Beamte des Stadtbauamtes. Ausserdem waren noch Abordnungen der Jugendverbände der beiden grossen österreichischen Parteien und viele Festgäste erschienen.

Ein kleines Mädchen begrüßte den Bürgermeister mit einem aufgesagten Gedicht und überreichte ihm einen grossen Blumenstrauß. Darnach begrüßte der Bezirksvorsteher des 13. Bezirkes, Gudlin, die Festgäste. Stadtrat Afritsch, der in Vertretung von Stadtrat Novy erschienen war, gab in seiner Rede einen Überblick über die geplante Gestaltung der Wohnhausanlage und die Ausstattung der Wohnungen, die eine durchschnittliche Grundfläche von 60 m² aufweisen werden. Jede Wohnung wird ein Bad besitzen, aber auch gemeinsame Hausgärten, Planschbecken und Terrassen sind vorgesehen. Stadtrat Afritsch dankte den Architekten Prof. Lehmann, Fridinger, Lorenz und Gomsi, die die Baupläne verfaßt haben.

Bürgermeister Dr. h. c. Körner stellte vor allem fest, daß die Gemeinde in den ersten Jahren trotz allen Anstrengungen nur wenig machen konnte und wegen der drückenden Materialnot zuerst nur jene Wohnungen repariert habe, die mit geringem

Aufwand instandzusetzen waren. Wenn daher in diesem Jahre wieder an Neubauten geschritten werden könne, so sei das ein Zeichen dafür, daß sich die Zeiten geändert haben. Die Materiallage ist eine bedeutend bessere geworden und dadurch, daß schon viele Kriegsgefangene zurückgekommen sind, stehen uns auch genug Arbeiter zur Verfügung. Die dritte Voraussetzung für den Wiederaufbau, die Finanzierung, die gleichfalls nunmehr durch das vor einigen Tagen im Parlament beschlossene Wiederaufbaugesetz gegeben. So wird die Gemeinde Wien auch mit dieser Anlage wieder den Beweis liefern, daß ihr nicht nur daran liegt, möglichst rasch und viel zu bauen, sondern daß sie vor allem die besten und modernsten Wohnbedingungen erschließen will. Denn die Wohnung beeinflußt im guten und im schlechten Sinn die Menschen, die darin leben müssen. Die wichtigste Voraussetzung für einen geordneten und planmäßigen Wiederaufbau ist jedoch ein Enteignungsgesetz, das der Gemeinde die gesetzliche Handhabe gibt, über den zum Wiederaufbau erforderlichen Grund und Boden verfügen zu können. "Ich richte daher den Appell an alle", sagte der Bürgermeister unter allgemeinem Beifall, "darauf zu dringen, daß das Enteignungsgesetz beschlossen wird. Sie alle müssen mithandeln und mitarbeiten für das Wohl der ganzen Stadt, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, damit das Sprichwort, "der Weana geht net unter", seine Geltung behält."

Dann wandte sich der Bürgermeister nach Verlesung der Urkunde durch Obersenatsrat, Dipl. Ing. Loibl, zu dem Grundstein und vollführte die drei Hammerschläge die zum Ausdruck bringen sollen, daß der Bau schön und rasch wachse, daß glückliche und zufriedene Menschen darin wohnen mögen und daß unser Wien frei von Elend und Druck werde.

Im Anschluß an die Grundsteinlegung besichtigten der Bürgermeister und die Festgäste die Pläne der neuen Wohnhausanlage; ein Gang über das Gelände der Baustelle von der aus sich ein herrlicher Rundblick auf das Wiener Stadtgebiet eröffnet, beschloß die Feier, in der sich der Aufbauwille der Wiener Gemeindeverwaltung abermals dokumentiert.